

II- 4683 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Zl. 10.101/66-I/1/75

Parlamentarische Anfrage Nr. 2103 der
Abg. DDr. König und Gen. betr. UNO-City-
Schutzräume.

Wien, am 7. Juli 1975

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a

Parlament
1010 W i e n

2084 / A. B.
zu 2103 / J.
Präs. am 8. JULI 1975

Auf die Anfrage Nr. 2103, welche die Abgeordneten
DDr. König und Gen. in der Sitzung des Nationalrates am 16. 5. 1975,
betreffend UNO-City-Schutzräume an mich gerichtet haben, beehre
ich mich folgendes mitzuteilen:

Die Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finan-
zierung des als Bundesgebäude zu errichtenden Internationalen Amts-
sitz- und Konferenzentrums Wien wurde auf Grund des Bundesgesetzes
vom 27. 4. 1972, BGBl. Nr. 150 (IAKW-Finanzierungsgesetz) mit Vertrag
vom 16. 1. 1973 der IAKW Aktiengesellschaft übertragen.

Die Entscheidung hinsichtlich der Anordnung und Einrichtung
von Zivilschutzräumen in den Amtssitzgebäuden der UNO-City liegt da-
her nicht im Bereich der Bundesverwaltung, sondern ausschliesslich bei
den Organen der IAKW AG.

Im Wege der von mir in den Aufsichtsrat der IAKW AG. ent-
sendeten Vertreter des Bundesministeriums für Bauten und Technik habe
ich festgestellt, dass bei der Ausarbeitung der Wettbewerbsunterlagen
für den Neubau der UNO-City in der 2. Jahreshälfte 1968 durch den Bund
und der Stadt Wien, die unter intensiver Zusammenarbeit mit den inter-
nationalen Organisationen erfolgte, Schutzräume von niemanden verlangt
und daher auch nicht der Wettbewerbsausschreibung zugrunde gelegt
wurden.

-2-

zu Zl. 10.101/66-I/1/75

Im Tätigkeitsbericht der Wettbewerbsjury 1969 wird daher die Notwendigkeit von Schutzräumen nicht erwähnt. Keiner der 4 Preisträger hat solche in seinem Projekt vorgesehen. In der Überarbeitungsphase war ihnen ebenfalls keine Einplanung der Schutzräume aufgetragen worden.

Auf Grund des Auftrages an die IAKW, die Neubauten nach dem Projekt Staber zu errichten, wurden keine Schutzräume vorgesehen.

Anlässlich einer Bauausschußsitzung hat der Vorstand der IAKW berichtet, dass die Errichtung von Schutzräumen im Projekt niemals vorgesehen war und auch keine gesetzliche Verpflichtung dazu bestanden habe, sowie keine diesbezüglichen Auflagen beim Baugenehmigungsverfahren vom Magistrat der Stadt Wien gestellt wurden. Auch bei allen Verhandlungen mit den beiden Organisationen sind keine Forderungen hinsichtlich Anlegung von Zivilschutzräumen gestellt worden.

Bei den Neubauten der UNO-City wurden wegen des hohen Grundwasserstandes keine Kellergeschoße eingeplant.

Schutzräume könnten daher nur in allein für diese Zwecke zu errichtende überschüttete Bunkerbauten, die über Terrain liegen müssten, untergebracht werden.

Als Ergebnis von eingeholten Erkundigungen möchte ich noch erwähnen, dass weder bei den Gebäuden am Sitz der Vereinten Nationen in New York noch in den anderen UN-Gebäuden Zivilschutzräume angeordnet wurden.

